

ZWISCHEN RHEIN
UND SAARWeiterer Pfälzer
„Gustloff“-Überlebender

RÜLZHEIM (hix). Nachdem am Montag das RHEINPFALZ-Interview mit Nikolaus Höbel aus Hinterweidenthal erschienen war, der 1945 nach dem Untergang der „Gustloff“ aus Seenot gerettet worden war, hat sich die Tochter eines weiteren Überlebenden aus der Pfalz gemeldet. Wie Lieselotte Beyersdörfer aus Leimersheim berichtet, war ihr heute 85-jähriger Vater Karl Friedrich Bentz, der in einem Seniorenheim in Rülzheim (Landkreis Germersheim) lebt, damals ebenfalls unter den rund 10.000 Menschen an Bord des Schiffes. Der gebürtige Kuhardter sei als Soldat mit einer Fußverletzung an Bord gekommen, so Beyersdörfer. Ihr Vater habe aber aus unbekanntem Gründen keine Rettungsbescheinigung erhalten, was erklären könnte, dass er nicht in der Liste der Geretteten auftauche. Nikolaus Höbel erklärte auf Nachfrage, er habe noch an Bord des Rettungsschiffs eine solche Rettungsbescheinigung erhalten, die er als Soldat dann auch für dienstliche Zwecke gebraucht habe. Er war aufgrund der bislang bekannten Fakten davon ausgegangen, als einziger Pfälzer das Unglück überlebt zu haben.

PFALZ KOMPAKT



Brandermittler setzen auf Handy. Die Identität des Mannes, der am Sonntagabend bei einem Dachstuhlbrand in einem vierstöckigen Wohnhaus in der Neustädter Innenstadt an den Folgen einer Rauchgasvergiftung starb, ist weiter unklar. Informationen zur Herkunft des Toten erhoffen sich die Ermittler von dem neben der Leiche entdeckten Handy. Ein DNA-Abgleich soll klären, ob es sich bei dem Mann tatsächlich um den Besitzer des Mobiltelefons handelt, der sich illegal im Speicher des überwiegend von geduldeten Asylbewerbern bewohnten Hauses aufhielt. Die Stadt Neustadt hat das mittlerweile unbewohnbare, aber nicht mehr beschlagnahmte Haus seit 1991 von der in Haßloch lebenden Eigentümerin gemietet und will es nun aufgeben. Die 16 offiziell in dem Haus gemeldeten Bewohner blieben bei dem vermutlich von offenem Feuer ausgelösten Brand unverletzt. (ier/Archivfoto: Linzmeier-Mehn)

Fest wohl erst Mitte März. Nichts wird es am ursprünglich vorgemerkten Wochenende 8. und 9. März mit dem Mandelblütenfest in Neustadt-Gimmeldingen: Weil die Wettervorhersage für Samstag Kälte und Nässe verspricht, soll jetzt erst am 15. und 16. März gefeiert werden. Die endgültige Abstimmung dazu haben die Veranstalter für kommenden Montag angekündigt. Mandelblüten sind in und um den Ort übrigens durchaus schon zahlreich zu sehen. (pse)

Fast 500 Brillen gestohlen. Einen Sachschaden von 150.000 Euro haben Unbekannte bei einem Einbruch in ein Optikergeschäft in der Neustädter Innenstadt angerichtet. Laut Polizei erbeuteten sie zwischen Montag und Dienstag 265 Brillenfassungen und 200 Sonnenbrillen gängiger Marken sowie zehn Ferngläser und das Wechselgeld aus der Kasse. (ier)

PERSONALNOTIZEN

Claus Valentin Litz aus Ludwigshafen ist zum Ehrenpräsidenten des Landesverbands Gartenbau Rheinland-Pfalz ernannt worden. Nach 15 Jahren trat er nicht mehr zur Wahl des Präsidenten an und wurde von **Volker Schmitt** aus Worms abgelöst. Zu Schmitts Stellvertreter wählten die Delegierten **Matthias Melchisedech** aus Trier. (swz)

HEIT SCHUNN GELACHT?

„Angeklagter - warum nehmen Sie dann Ihr Geständnis zurück?“ „Ei mein Anwalt hot mich vun meiner Unschuld inwerverzeugt...“ (waw)

Bereits bei 17 Frauen Brustkrebs entdeckt

Neues Früherkennungs-Programm in der Pfalz schon von vielen genutzt – Service-Telefon läutet ständig

► NEUSTADT (rö). Schon rund 3000 Frauen haben das neue Angebot zur Krebsvorsorge angenommen, das es seit fast vier Monaten auch in der Pfalz gibt: Beim so genannten Mammographie-Screening ließen sie sich die Brüste röntgen. Viele Teilnehmerinnen warteten nicht einmal die Einladung zu dieser kostenlosen Reihenuntersuchung ab. Sie baten von sich aus bei der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) um einen Termin in einem der ersten beiden Screening-Zentren der Region, die in Ludwigshafen und Speyer eingerichtet wurden.

„Mit dem bisherigen Zuspruch sind wir recht zufrieden“, sagte Dr. Kurt Scherer, der zusammen mit Dr. Jürgen Roth in der Pfalz für die Organisation des Programmes verantwortlich zeichnet. Dessen bundesweite Einführung war 2002 vom Bundestag beschlossen worden – mit dem Ziel, durch Früherkennung von Brustkrebs die Zahl dadurch bedingter Todesfälle zu senken und eine schonendere Behandlung Erkrankter zu ermöglichen. Zielgruppe sind Frauen zwischen 50 und 69 Jahren, die Studien zufolge den größten Nutzen vom Screening haben. Sie werden alle zwei Jahre eingeladen, dazu auf Kosten der Krankenversicherungen in eine der eigens dafür zertifizierten Facharztpraxen zu kommen.

In jene, die am Klinikum der Stadt Ludwigshafen angesiedelt ist und am 5. November als erste in der Pfalz ihre Arbeit aufnahm, kamen nach Scherers Angaben bis Ende vorigen Monats rund 2020 Frauen zu der Reihenuntersuchung. Etwa 880 suchten die am Städtischen Krankenhaus Speyer eingerichtete „Mammographie-Einheit“ auf, die eine Woche später startete. Damit seien insgesamt etwa 46 Prozent der rund 6300 für den betreffenden Zeitraum versandten Einladungen angenommen worden, so Scherer: „Diese Teilnahmequote ist für den Anfang recht gut.“

Durch die Röntgenaufnahmen – die mit modernsten Geräten digital gefertigt und jeweils von mindestens zwei erfahrenen Fachärzten begutachtet werden – konnten bislang 17 Karzinome entdeckt werden. Alle weniger als zwei Zentimeter groß und vier davon erst im Anfangsstadium, wie der Radiologe betont.

„Erwartungen weit übertroffen“

Das Interesse am Mammographie-Screening, dessen schrittweise Einführung in Rheinland-Pfalz im Mai 2007 begann, habe bisher „die Erwartungen weit übertroffen“, freut sich auch Ralf Steigelmann von der KV darüber, wie gut es bisher läuft. Er leitet die von der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz in Neustadt eingerichtete Zentrale Stelle, die landesweit für den Versand der Einladungen und Auskünfte zuständig ist.

Welches Echo die neue Möglichkeit zur Krebsfrüherkennung findet, bekommt die Zentralstelle der KV auch direkt von Betroffenen zu hören: an ihrem Service-Telefon, das zu den



Gefragter Service: Die Info- und Termin-Hotline der Kassenärztlichen Vereinigung zum Mammographie-Screening ist oft fast ununterbrochen belegt. Teamleiterin Ute Labrenz-Segeler ist eine der Ansprechpartnerinnen. –FOTO: LM

Sprechzeiten oft unablässig klingelt. „Die Rückmeldungen auf unsere Einladungen sind enorm“, berichtet Ute Labrenz-Segeler, Leiterin des siebenköpfigen Hotline-Teams. Und die Resonanz auf das Angebot falle „überwiegend positiv“ aus. Von Frauen aus der Pfalz sei man gleich beim Start des Screenings hier mit Anrufen überhäuft worden.

Sachliche Fragen kämen dabei weniger. Viele seien durch ihren Frauenarzt schon informiert oder hätten die Erläuterungen in der Broschüre genau gelesen, die dem Einladungsschreiben beiliegt. Meistens gehe es um den kon-

kreten Terminvorschlag, der darin unterbreitet wird. „Oft wird um eine Verschiebung gebeten“, so Labrenz-Segeler – manches Mal auch deshalb, weil sich die Betroffenen innerhalb der vergangenen zwölf Monate bereits einer Mammographie unterzogen hatte. Auf Wunsch erfolgt dann eine spätere Einladung, um den zweijährigen Abstand zu wahren – auch wegen der Strahlenbelastung, die die Fachleute allerdings als sehr gering einstufen. Möglich ist ebenso, sich in einem anderen Untersuchungs-Zentrum als dem vorgeschlagenen einen Termin vermitteln

zu lassen. Oder überhaupt vorab um einen zu bitten, bevor man eigentlich an der Reihe wäre.

Eine weitere, häufig am Service-Telefon gestellte Frage lautet denn auch: „Warum habe ich noch keine Einladung erhalten?“ Die Ansprechpartnerinnen bei der KV erklären dann, dass beim Koordinieren der Reihenuntersuchung nach Postleitzahl-Gebieten vorgegangen wird, und innerhalb dieser Bereiche alphabetisch nach Straßennamen. Was den Vorteil hat, dass etwa Nachbarinnen, die zur Zielgruppe zählen, gegebenenfalls Fahrgemeinschaften zur Screening-Praxis bilden können. „Das möchten verstärkt Damen vom Land“, verweist die Leiterin des Service-Teams auf die für jene meist weiteren Anfahrtswege.

Einladung erfolgt gebietsweise

Zurzeit können nur Frauen aus dem Großraum Ludwigshafen und Speyer mit einer Mitteilung zur Reihenuntersuchung in der Pfalz rechnen. Denn das dritte Mammographie-Zentrum wird hier erst am 2. April in Pirmasens eröffnet, die Zentren in Neustadt und Kaiserslautern sollen im Sommer folgen. 50- bis 69-Jährigen aus dem Bereich Grünstadt und Donnersberg werden Termine in Alzey vorgeschlagen. Denn wie Steigelmann anmerkt, sind diese Gebiete der Screening-Einheit Rheinhessen zugeordnet. Grundsätzlich aber kann jede Teilnehmerechte innerhalb von Rheinland-Pfalz frei wählen, wo sie sich „durchleuchten“ lassen möchte – sofern sie das Angebot überhaupt annimmt. Nur in Einzelfällen allerdings wurde der Service-Stelle bisher mitgeteilt, dass keine Einladung mehr gewünscht wird, so die Teamleiterin.

Viele Anruferinnen wollten auch wissen, woher die KV ihre persönlichen Daten hat. Ihnen wird gesagt, dass man Eckangaben aus den amtlichen Melderegistern verwendet. Und versichert, dass alle datenschutzrechtlichen Vorgaben eingehalten werden – unter anderem, indem Name, Anschrift und Geburtsdatum für Dokumentationszwecke zu einer anonymisierten Kennnummer verschlüsselt werden. Aber auch all dies wird in der Info-Broschüre dargelegt.

Mitunter sind von Ute Labrenz-Segeler und ihren Kolleginnen im Übrigen auch menschliches Einfühlungsvermögen und Trost gefragt: Etwa, wenn Anruferinnen bekräftigen, wie wichtig es doch ist, der Gefahr vorzubeugen – und dann von Brustkrebsfällen im Familien- oder Freundeskreis erzählen ...

—Einwurf

INFO

— Das Service-Telefon der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz ist montags bis donnerstags von 8 bis 17 Uhr, freitags von 8 bis 14 Uhr zu erreichen unter 01805/770007.

— Informationen zur Mammographie-Reihenuntersuchung gibt es im Internet unter anderem unter www.mammographiescreening-pfalz.de.

Lange Haftstrafe für Gift-Muffin

Mannheimerin verurteilt

► MANNHEIM (ann). Zu neunehalb Jahren Haft wegen gefährlicher Körperverletzung und 461 Fällen des besonders schweren Betrugs verurteilte das Schwurgericht des Landgerichts Mannheim gestern eine 44-jährige Mannheimerin.

Die Frau hatte am 22. Juni in einen Muffin, den sie für ihre 86-jährige Mutter gebacken hatte, giftigen Stechapfelsamen gemischt. Außerdem hatte sie seit dem Jahr 2000 als Sekretärin eines Chefarztes einer Mannheimer Klinik etwa 500.000 Euro auf ihr eigenes Konto umgeleitet. Dabei handelte es sich um Honorare von Privatpatienten.

Entgegen der Anklage von Oberstaatsanwalt Oskar Gattner wertete die Kammer die Tat vom 22. Juni nicht als versuchten Mord: Die 44-jährige habe nicht gezielt geplant, ihre Mutter zu töten. Sie habe vielmehr gewollt, dass die 86-jährige schwer krank werde. Grund dafür waren nach Ansicht der Kammer Streitigkeiten in der Familie. Die 44-jährige habe allerdings gewünscht, dass Stechapfelsamen tödlich sein kann und somit den Tod der Mutter in Kauf genommen.

Von einer Tötungsabsicht habe die Mannheimerin jedoch Abstand genommen, erläuterte der Vorsitzende Richter Ulrich Meinerzhagen. Denn einige Zeit, nachdem die Mutter zwei Bissen von dem giftigen Muffin gegessen hatte, sei die 44-jährige vom schlechten Zustand der alten Frau „gerührt“ gewesen. Daraufhin habe sie den Rettungsdienst verständigt. Die Kammer folgte damit der Argumentation von Verteidiger Steffen Kling. Mit dem ergaunerten Geld habe die 44-Jährige den gemeinsamen Lebensraum von Mutter und Tochter, in einem eigenen Haus zu leben, erfüllt, so die Kammer. Die 86-jährige, die um Gnade gebeten hatte, nahm nach Prozessende ihre Tochter weinend in die Arme.

Feldweibel handelt mit Rauschgift

Über drei Jahre Haft

► ZWEIBRÜCKEN (swz). Weil er mit Rauschgift handelte, verurteilte das Landgericht Zweibrücken gestern einen Bundeswehr-Feldweibel zu drei Jahren und drei Monaten Haft. Der 27-jährige aus der Zweibrücker Niederauerbach-Kaserne habe seit 2005 insgesamt mehrere Kilogramm Amphetamin und Marihuana beziehungsweise verkauft. Er habe damit das Ansehen der Bundeswehr beschädigt, hielt ihm das Landgericht vor. Zu seinen Gunsten wertete die Richter, dass der Feldweibel ein umfassendes Geständnis abgelegt und danach mit den Ermittlern zusammen gearbeitet habe. Dadurch konnten weitere Täter geschnappt werden. Das Urteil wurde noch im Gerichtssaal rechtskräftig.

EINWURF

SINNVOLLE
VORSORGE

► Die Krebsgefahr möglichst frühzeitig zu erkennen – dies ist schon in der Anfangsphase des Mammographie-Screenings in der Pfalz in 17 Fällen gelungen. Das zeigt, wie sinnvoll dieses neue Angebot ist, das strengen Qualitätsanforderungen unterliegt. Bisher beschränkte sich die von den Krankenkassen bezahlte Brustkrebs-Vorsorge in der Regel auf optisches Begutachten und Tastuntersuchung. Ein Gynäkologe, der Kassenpatientinnen ohne konkreten Verdacht oder besondere Risikobelastung zum Brust-Röntgen schicken wollte, bewegte sich bei der Begründung dafür in einer Grauzone. Es war deshalb höchste Zeit, dass endlich auch in Deutschland auf Beschluss des Gesetzgebers die Reihenuntersuchung eingeführt wurde.

Aber so viele Vorteile dieses Programm auch hat – es darf andererseits keinen Druck geben, sich darauf zu beschränken. Den Kassenärzten, die sich durch die Folgen der Gesundheitsreform ohnehin schon genug gegängelt sehen, dürfen bei der präventiven Mammographie nicht die Hände gebunden werden. Es sollte ihnen zumindest in Einzelfällen weiterhin möglich sein, Patientinnen zu einem Radiologen ihrer Wahl zu schicken, unabhängig vom Screening. Das wäre auch deshalb wichtig, weil Frauen, die nicht zur Zielgruppe der 50- bis 69-Jährigen zählen, von der Teilnahme an diesem kostenlosen Vorsorge-Programm ausgeschlossen sind. (rö)

135 Millionen Euro für bessere Kinder-Betreuung

Land und Kommunen planen über 19 000 zusätzliche Plätze für die Kleinsten

► MAINZ (nob). In den Kindertageseinrichtungen in Rheinland-Pfalz sollen bis 2013 über 19.000 zusätzliche Plätze für Kinder unter drei Jahren entstehen. Der Bund, das Land und die Kommunen wollen dafür zusammen rund 135 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Dies kündigten Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD) und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände gestern in Mainz an.

Nach den Angaben Ahnens hat sich in den zurückliegenden drei Jahren das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren landesweit auf rund 13.000 Plätze mehr als verdoppelt. In dieser Zahl sind auch 730 mit öffentlichem Geld geförderte Plätze der Kindertagespflege enthalten, also Plätze bei ei-

ner Tagesmutter. Insgesamt können somit zurzeit etwa 13 Prozent der Kinder unter drei tagstüber außerhalb des Elternhauses betreut werden. Bis 2013 sollen landesweit zusätzlich 14.000 Plätze in Kindertagesstätten und zusätzlich 5300 in der Tagespflege entstehen. Damit wäre im Land ein Drittel der Kleinkinder versorgt.

Diese Quote peilt die große Koalition in Berlin bis 2013 für ganz Deutschland an. Die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei soll auf bundesweit 750.000 verdreifacht werden. Von 2013 an soll ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Geburtstag gelten.

Der Bund will deshalb bis 2013 die Investitionen in den Ausbau der Kleinkinderbetreuung mit 2,15 Milliarden

Euro unterstützen. Davon fließen 103 Millionen Euro nach Rheinland-Pfalz. Nach den Worten von Finanzstaatssekretär Rüdiger Messal (SPD) will das Land seine Investitionszuschüsse für den Kindergartenbau in Höhe von jährlich 2,25 Millionen Euro beibehalten, sodass den Trägern bis 2013 insgesamt 116,5 Millionen Euro an Unterstützung zur Verfügung stehen werden.

Eine gestern unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden sieht vor, dass die Träger für jeden zusätzlichen Platz für Kinder unter drei Jahren 4000 Euro Zuschuss für die dafür erforderlichen Bauarbeiten bekommen. Werden Räume für zusätzliche Gruppen mit mindestens vier Plätzen für die Jüngsten geschaffen, gibt es zu-

sätzlich 55.000 Euro je Raum. Entsteht ein Betreuungsplatz für „unter drei“ aus der Umwandlung eines herkömmlichen Kindergartenplatzes, wird eine Ausstattungspauschale in Höhe von 1000 Euro gewährt. Ahnen schätzt, dass die Hälfte der geplanten Plätze für die Jüngsten durch Neueinrichtung, die andere Hälfte durch Umwandlung entstehen wird.

Die Kindergartenräucher müssen einer Schätzung zufolge etwa 20 Millionen Euro an Investitionskosten besteuern. Die Vereinbarung gebe den Kommunen Planungssicherheit, lobte der stellvertretende Vorsitzende des Städtetages, Jens Beutel. Noch offen ist nach den Worten Ahnens, welcher Personalbedarf sich aus dem Ausbau der Betreuung ergeben wird.



19.000 zusätzliche Plätze in Kindertageseinrichtungen sollen bis zum Jahr 2013 in Rheinland-Pfalz entstehen.

—FOTO: BOLTE